GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Best Practice: Gewaltschutz im Zeichen von COVID-19

Temel, Brigitte

2022

https://doi.org/10.25595/3755

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Temel, Brigitte: *Best Practice: Gewaltschutz im Zeichen von COVID-19*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 31 (2022) Nr: 1, 95–103. DOI: https://doi.org/10.25595/3755.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v31i1.08

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Alexandra/Dackweiler, Regina-Maria/Schäfer, Reinhild (Hg.): Frauen und Armut – Feministische Perspektiven. Opladen. 201-218.

UNICEF, 2021: COVID-19 and School Closures. Internet: https://data.unicef.org/resources/one-year-of-covid-19-and-school-closures/# (30.11.2021).

Villa, Paula-Irene, 2020: Corona-Krise meets Care-Krise–Ist das systemrelevant? In: Leviathan. 48 (3), 433-450.

Yildirim, T. Murat/**Eslen-Ziya**, Hande, 2021: The differential impact of COVID-19 on the work conditions of women and men academics during the lockdown. In: Gender, Work & Organization. 28 (S1), 243-249.

Best Practice: Gewaltschutz im Zeichen von COVID-19

BRIGITTE TEMEL

Zu Beginn der COVID-19-Pandemie warnten Gewaltschutzexpert:innen und Wissenschaftler:innen vor einer Zunahme von Gewalt gegen Frauen in Zeiten von Krisen und forderten, dass die Politik dies in ihrem Handeln berücksichtigen müsse. So sprach etwa UN Women von Gewalt gegen Frauen während COVID-19 als Schattenpandemie (Haddad 2021).

Im Zeitraum November 2020 bis Oktober 2021 habe ich eine Best-Practice-Analyse von während COVID-19 umgesetzten Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen im häuslichen bzw. partnerschaftlichen Kontext durchgeführt (Temel 2021). Die Studie fokussierte auf den europäischen Raum und zielte auf Policy-Empfehlungen für die österreichische Politik.[1] Methodische Pfeiler der Studie waren neben einer Literatur- und Internetrecherche insbesondere die Analyse zweier Quellen: der Website des Europarats sowie des COVID-19 Global Gender Response Trackers. Letzterer dokumentiert Maßnahmen, welche weltweit von staatlicher Seite implementiert wurden, um auf die COVID-19 Pandemie zu reagieren. Der Tracker legt dabei einen Schwerpunkt auf geschlechtersensible Aktivitäten[2] und erfasst Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene. Er dokumentiert, inwieweit diese die ökonomische und soziale Sicherheit von Frauen spezifisch berücksichtigen – hierbei wird etwa nach unbezahlter Care-Arbeit, dem Arbeitsmarkt sowie Gewalt gegen Frauen gefragt. Betreut wird der Tracker vom United Nations Development Programme (UNDP) sowie von UN Women. Zusätzlich wurden ergänzende und vertiefende Interviews mit Praktiker:innen aus dem Gewaltschutzbereich geführt, beispielsweise einer Mitarbeiterin des Rosa Centrum in Tschechien. In diesem Beitrag stelle ich einerseits beispielhaft Good-Practice Beispiele vor, andererseits werfe ich eine kritische Perspektive auf den Umgang mit Gewalt gegen Frauen während COVID-19 und die oftmals lediglich reaktive Natur von implementierten Maßnahmen.

Beispiele von Good-Practice-Maßnahmen

Effective States and Inclusive Development (ESID), eine globale Partnerschaft zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, formulierte mögliche Schritte, an denen sich Länder in der Krise orientieren können (Nazneen 2020). Als Ausgangspunkt empfiehlt ESID, bereits vorhandene Gewaltschutzstrukturen und -angebote zu fokussieren. In einem zweiten Schritt gelte es dann, Ressourcen zu organisieren und zur Verfügung zu stellen, damit Angebote trotz der Krise weiter bestehen können – das heißt in den meisten Fällen, mehr Fördermittel zur Verfügung zu stellen. Die Aufnahmekapazität von Frauenhäusern müsse erhöht werden, etwa durch die Umwidmung wenig genutzter Räume, um so eine sichere Quarantäne zu ermöglichen. Weiters müssen Helplines sowie der Ausbau von Messengerdiensten und Apps gestärkt werden. Wichtig sei eine Bewusstseinsbildung in Bezug auf die Verbindung zwischen häuslicher Gewalt und COVID-19, insbesondere während Lockdown-Phasen. Darüber hinaus wird die Unterstützung von Grassroot-Frauenorganisationen auf der lokalen Ebene als eigenständiger Schritt angeführt: Mit ihnen sei es möglich, (potentiell) Betroffene zu erreichen bzw. Zugang zu Gemeinschaften zu erlangen, welche in Kampagnen selten angesprochen werden. Als letzten Schritt empfiehlt ESID, bei der Planung von Strategien für eine soziale und ökonomische Erholung bzw. von Post-COVID-19-Perspektiven Frauen und ihre Bedürfnisse in das Zentrum von Policies und Langzeitlösungen zu stellen (ebd.).

Pearson et al (2021) analysierten anhand von Online-Medienberichten (Jänner-September 2020) von Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen implementierte Strategien der europäischen Mitgliedsländer der Weltgesundheitsorganisation (WHO), um Gewalt gegen Frauen und Kinder (VAWC) präventiv entgegenzuwirken und auf die prognostizierte Zunahme von VAWC reagieren zu können. In 52 der 53 Mitgliedsstaaten wurde zumindest eine Maßnahme umgesetzt, mehrheitlich von Regierungen. Darunter waren vor allem die Nutzung von Medien und Social Media, um das Bewusstsein über VAWC zu erhöhen und Unterstützungsangebote über Online-Plattformen anzubieten sowie Helplines auszubauen oder fortzuführen. Die am häufigsten implementierten Maßnahmen waren Medien- und andere Kampagnen zur Verbreitung von Informationen (ebd.). So wies etwa das Irish Department of Justice gemeinsam mit Gewaltschutzeinrichtungen über Einschaltungen in Fernsehen, Radio und Social Media darauf hin, dass Gewaltbetroffene trotz COVID-19 weiterhin unterstützt würden. In Slowenien verteilte die Stadt Ljubljana Flyer mit Kontaktdaten von Gewaltschutzeinrichtungen und bewarb die Hotlines auf öffentlichen Bildschirmen. Auch das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) (2021) stellte fest, dass nahezu jedes EU-Land eine Aufklärungskampagne durchführte, um gewaltbetroffene Frauen über zur Verfügung stehende Hilfsangebote zu informieren.

Vielfach wurden Task Forces eingerichtet, um die Belegung von Frauenhäusern und anderen Schutzunterkünften zu organisieren und auf verschiedenste aktuelle Be-

darfe rasch zu reagieren. So entwickelte Luxemburg ein Krisenmanagementsystem, Israel richtete ein Komitee für das Monitoring von Femiziden während der Lockdowns ein und Georgien formulierte eine behördenübergreifende Kommunikationsstrategie zum Thema Gewalt gegen Frauen. Einige Länder gaben Sonderbudgets für die Gewaltprävention frei, andere entwickelten Leitlinien und Policies. Mehrere Länder bauten Helplines aus bzw. etablierten neue oder erweiterten das Angebot an Schutzunterkünften, z.B. durch die Anmietung von Hotels, um damit Quarantäneanforderungen genügen zu können. Manche Regierungen stellten Schutzausrüstungen und COVID-19-Testmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen von Schutzeinrichtungen zur Verfügung. Einige Länder stuften Gewaltschutzeinrichtungen als systemrelevant ein. Auch Apotheken und Supermärkte wurden für Aufklärungskampagnen genutzt, teilweise zur Dissemination von Flyern und anderem Informationsmaterial, teilweise durch die Einrichtung von Pop-up-Beratungszentren in Supermärkten. Außerdem wurden Apotheken aufgefordert, bei dem in Ländern wie Deutschland, Frankreich, Italien, Norwegen und Spanien umgesetzten Projekt Mask-19 teilzunehmen, um eine weitere mögliche Anlaufstelle für von Gewalt betroffene Frauen zu schaffen (Pearson et al 2021). Hinter Mask-19 steht die Überlegung, dass es Gewaltbetroffenen bedingt durch COVID-19-spezifische Maßnahmen schwerer fällt, sich Hilfe und Unterstützung zu organisieren, etwa weil der gewalttätige Partner vermehrt zu Hause ist. Der Weg zum Supermarkt oder zur Apotheke stellt für manche Frauen die einzige Möglichkeite dar, der Kontrolle des Partners zu entkommen. Äußert eine Kundin die Worte Mask-19 in der Apotheke, ist das ein Code, um Unterstützung zu erhalten und die Polizei einzuschalten (Temel 2021).

Mehrere EU-Länder bewarben Apps, welche einen direkten Kontakt zur Polizei ermöglichen. Hier ist etwa auf die Bright Sky-App in Tschechien zu verweisen (Pearson et al 2021). Das Besondere an dieser App ist ihr Layout, welches einer Wetter-App gleicht[3]: Über ein Passwort gelangt man in die App und kann dort Foto- und Videobeweise sowie Gedächtnisprotokolle erstellen. Aus Sicherheitsgründen werden diese nicht direkt im Handy gespeichert, sodass die Frauen vor potentieller Überwachung geschützt sind. Weiters enthält die App umfassende, nützliche Ratschläge, eine Übersicht über mögliche Unterstützungs- und Hilfsangebote sowie über Beratungsstellen (Temel 2021).

Mehrfach intensivierte die Polizei ihre Tätigkeiten, um auf den erwarteten Anstieg von VAWC reagieren zu können. In Irland nahm sie proaktiv mit jeder betroffenen Frau Kontakt auf. Norwegen implementierte ein Set von Maßnahmen, um auf Veränderungen beim Gewaltlevel reagieren zu können und sicherzustellen, dass die Polizei sich auf Gewalt gegen Frauen konzentriert. Auf Justizebene erfolgten Verfahrensbeschleunigungen und die Priorisierung von Strafverfahren in Zusammenhang mit VAWC. Vereinzelt wurden Häftlinge, die wegen Gewalt gegen Frauen verurteilt worden waren, nicht vorzeitig entlassen bzw. von Amnestien ausgenommen. In Serbien waren während des Lockdowns die Gerichte geschlossen, aber Fälle von Gewalt gegen Frauen wurden weiterbearbeitet. Manche Regierungen fokussierten sich

auf die Erhöhung der Handlungsfähigkeit von Betroffenen: In Italien, Spanien und Kosovo galten die strengen Ausgangsbeschränkungen nicht für Gewaltbetroffene. In Tschechien, Frankreich und UK führten Lieferdienste und Postzusteller:innen bei Betroffenen im Verdachtsfall Check-Ins durch (Pearson et al 2021).
Auch seitens von NGOs bzw. zivilgesellschaftlicher Akteur:innen gab es zahlreiche Maßnahmen und Bemühungen, gegen Gewalt gegen Frauen vorzugehen und Betroffene zu unterstützen. Wie bei den Regierungen handelte es sich mehrheitlich um Medienkampagnen und um die Weitergabe von Informationen. Meist wurden Radio, Fernsehen und Social Media genutzt. Social Media war außerdem wichtig, um gewaltbetroffenen Personen die Hilfesuche zu erleichtern. Auch NGOs setzten verstärkt auf Online-Methoden und entwickelten Apps, um den Zugang zu ihren Angeboten zu erleichtern und Betroffenen mit psychologischer und juristischer Unterstützung helfen zu können. Die Erhaltung und der Ausbau von Helplines durch die Einbeziehung von freiwilligen Mitarbeiter:innen, die Einrichtung von Chat- und SMS-Benachrichtigungsmöglichkeiten und die Ausweitung der Erreichbarkeit waren Schlüsselmaßnahmen; zusätzlich schafften NGOs Strukturen, damit Helpline-Mitarbeiter:innen von zu Hause arbeiten können. Häufig organisierten private Initiativen und NGOs Schutzunterkünfte, Schutzkleidung für Mitarbeiter:innen in Gewaltschutzeinrichtungen und Testmöglichkeiten. NGOs bzw. zivilgesellschaftliche Akteur:innen kooperierten ebenfalls direkt mit Apotheken und Supermärkten, um ihr Informationsmaterial zu verbreiten (ebd.).
Während der Hauptfokus entwickelter Schutzmaßnahmen auf von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen lag, konzentrierten sich mehrere Länder explizit auf Männer in ihrer Rolle als (potentielle) Täter. Wichtig war die Fortsetzung der Arbeit mit Tätern, die bereits an entsprechenden Einrichtungen angedockt waren. In Slowenien erfolgte die Adaptierung mehrerer Aspekte der Täterarbeit an die Lockdown-spezifischen Umstände. So wurde mit jedem Täter persönlich abgeklärt, was für ihn der sicherste Weg war, weiter am Programm teilzunehmen.
Andere EU-Länder führten Kampagnen durch, wie in Norwegen, oder organisierten die Einführung bzw. Ausweitung von Helplines für potentielle Täter wie in Schweden, wo die Erreichbarkeitszeiten verlängert wurden. Die Fortsetzung der Täterarbeit in Gefängnissen war vor allem während der Lockdown-Phasen herausfordernd, da Interaktionen mit Externen bzw. Freigänge der Häftlinge eingeschränkt war (Temel 2021).

Gegen singuläre Perspektiven – Intersektionalität & sozialpolitische Maßnahmen

Im Zusammenhang mit VAWC sind zwei Themen zu berücksichtigen: die Notwendigkeit intersektionaler Perspektiven sowie sozialpolitischer Interventionen, um strukturellen Benachteiligungen von Frauen entgegenzuwirken. Je nach gesellschaftlicher Gruppenzugehörigkeit sind Frauen unterschiedlich vulnerabel und kön-

nen auf unterschiedlich viele Ressourcen zurückgreifen. So zeigt eine US-amerikanische Studie (Sabri et al. 2020) die Notwendigkeit auf, für Migrantinnen während der Pandemie verstärkt verständliche und zielgruppenspezifische rechtliche, medizinische und wohnungsbezogene Angebote zu finanzieren. Vulnerable Zielgruppen sind neben Migrantinnen Frauen mit Fluchthintergrund bzw. Asylstatus, staatenlose Frauen, behinderte Frauen, Mädchen bzw. junge Frauen sowie alte Frauen, LGBTIQ, Frauen in ländlichen Gebieten, wohnungslose/obdachlose/prekär lebende Frauen und Sexarbeiter:innen. Darüber hinaus müssen gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mitgesehen und -gedacht werden. So hat die Europäische Grundrechteagentur (FRA) (2020) in vielen Staaten einen Anstieg an Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz festgestellt, die mit COVID-19 zusammenhängen. Darüber hinaus hat COVID-19 für viele Menschen auch zu finanziell prekären Situationen geführt (Jobverlust, Existenzbedrohung). Diese Entwicklungen können zusätzliche Risikofaktoren für häusliche Gewalt darstellen, wenn sie bei (potentiellen) Täter:innen bereits bestehende Wut oder Ohnmachtsgefühle verstärken. Der Großteil der während COVID-19 international geplanten und umgesetzten Maßnahmen versäumte es, intersektionale Perspektiven zu berücksichtigen. So konstatierte der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) (o.J.) in einer Stellungnahme, dass die COVID-19-Maßnahmen die LGBTIQ-Community – und in dieser unter intersektionalen Gesichtspunkten wieder manche stärker als andere – härter trafen als andere Bevölkerungsgruppen. So wurden in zahlreichen deutschen Bundesländern „die für Weihnachten geplanten Ausnahmeregelungen bei den Kontakteinschränkungen nur für den engsten Familienkreis und Verwandte in gerader Linie gemacht" (ebd.). Dieses Konzept von Familie bezeichnet der Verband als heteronormativ, es geht an der Lebensrealität vieler LGBTIQ-Personen vorbei, welche oftmals mit ihrer biologischen Familie gebrochen haben und für die das Zusammenkommen mit ihrer Wahlfamilie wichtig ist. Einschränkungen wie diese und ähnliche[4] führen also in weiterer Konsequenz zu einer verstärkten sozialen Isolation. LGBTIQ-Personen sind zudem häufig häuslicher Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. Das betrifft vor allem Jugendliche, die noch bei ihren Eltern wohnen. Auch Gewalt in LGBTIQ-Partner:innenschaften ist extrem tabuisiert und wenig beachtet. Wie in heterosexuellen Beziehungen ist davon auszugehen, dass Partner:innengewalt zugenommen hat. Der deutsche Lesben- und Schwulenverband forderte deshalb die Politik dazu auf, die LGBTIQ-Community in Covid-19-Maßnahmen zu berücksichtigen.

Auch sozialpolitische Maßnahmen waren kaum geschlechtersensibel. Viele Frauen haben in der Krise ihre Arbeit verloren oder mussten verstärkt unbezahlter Care-Arbeit nachgehen, was die strukturelle Ungleichheit der Geschlechterverhältnisse verschärfte. Anfang 2021 stellte UN Women fest, dass global gesehen lediglich eines von acht Ländern Maßnahmen eingeführt hat, um Frauen vor den negativen sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen von COVID-19 zu schützen (Sauer 2021). UN Women identifiziert bei Themen wie Beschäftigung, soziale Sicherheit und Pflege ein extremes Defizit geschlechtersensibler Maßnahmen.

Wonach fragen, wohin schauen?

Steinert und Ebert (2021) führten im April 2020 eine repräsentative Online-Studie in Deutschland durch und fragten Frauen nach ihren Erfahrungen mit häuslicher Gewalt während COVID-19. Rund drei Prozent erlebten zu Hause mindestens eine körperliche Auseinandersetzung, vier Prozent wurden von ihrem Partner vergewaltigt und bei fünf Prozent kontrollierte der Partner die digitalen und analogen Kontakte der Frau. Risikofaktoren waren Quarantänesituationen, akute ökonomische Notlagen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, aber auch dass eine Person – sei es die Frau oder ihr Partner – Angst oder Depressionen hatte oder im Haushalt Kindern unter zehn Jahren lebten. Die Forscherinnen rieten zur besseren Bewerbung von Hilfsangeboten in der Öffentlichkeit, der Möglichkeit Hilfs- und Beratungsangebote online nutzen zu können, die Ermöglichung von Notbetreuungen für Kinder, die für alle Familien zur Verfügung stehen, sowie mehr psychologische Beratungen und Psychotherapien, die online und niederschwellig zugänglich sind. Zusätzlich sind Gewaltschutzeinrichtungen als systemrelevant einzustufen (ebd.).

Bourgault, Peterman und O'Donnell (2021) analysierten aktuelle Studien zu COVID-19 und VAWC sowie pandemiebezogene Maßnahmen aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen (in Ländern Asiens, des Mittleren Ostens und Lateinamerika), welche seit Dezember 2020 veröffentlicht wurden. Von diesen 26 Studien zeigen zwölf einen Anstieg von Gewalt gegen Frauen während COVID-19. Als Forschungslücke wird das weitgehende Fehlen eines Blicks auf Prävention und Gewaltreduktion problematisiert und danach gefragt, wie Politik während und nach der Pandemie für unterschiedliche Gruppen aussehen muss, um Gewalt gegen Frauen entgegenzuwirken.

Auch Dartnall et al. (2020) thematisierten Ende Juni 2020 den Nutzen der Erhebung einer Zu- oder Abnahme von Gewalt und empfahlen, stattdessen die Auswirkungen COVID-19-bezogener Maßnahmen und die Möglichkeiten für Frauen, Hilfe in Anspruch zu nehmen, zu untersuchen. Empirisch kann hier die Studie von Ivandić, Kirchmaier und Linton (2020) herangezogen werden, die aufzeigt, inwieweit COVID-19 und damit zusammenhängende Maßnahmen Muster von Partnergewalt in London veränderten. So hatte der Lockdown Auswirkungen auf das Anzeigeverhalten sowie auf den Beziehungstyp, in welchem Gewalt ausgeübt wird. Gewalt durch den aktuellen Partner und Familienmitglieder nahm zu, Gewalt durch Ex-Partner ging zurück. Es reicht also nicht zu sagen, ob Fallzahlen gestiegen, unverändert geblieben oder gesunken sind – ein differenzierter Blick ist nötig, um Politiken entwickeln zu können, die auf veränderte Muster eingehen. Weiters zeigt die Studie, dass der Anstieg der Notrufe, um Gewalt zu melden, auf Unbeteiligte zurückgeht, und zwar insbesondere in dicht bewohnten Gebieten, aber merklich weniger in dünn besiedelten Regionen. Diese – und weitere – Studien machen also deutlich, wie wichtig die Rolle von Beobachter:innen und Nachbar:innen vor allem im städtischen Raum bei häuslicher Gewalt ist und dass dieser Personenkreis bei

der Entwicklung von Maßnahmen als weitere Zielgruppe berücksichtigt werden muss (ebd.).
Ebenfalls für den Gewaltschutz relevante Ergebnisse zeigte die Evaluierung der italienischen Libera-puoi-Helpline, welche die Bedeutung von Geschlechterstereotypen für die Wirksamkeit dieser Kampagne aufzeigte (Colagrossi et al 2020): Die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Gewaltopfer an eine Helpline wendet, ist stark von Geschlechterbildern beeinflusst – diese spielen eine bedeutsamere Rolle als der ökonomische Status und das Einkommen des Gewaltopfers. Hervorzuheben ist die der Studie zugrundeliegende intersektionale Herangehensweise und die differenzierte Betrachtung von Einflussfaktoren, wodurch verdeutlicht wird, warum die isolierte Durchführung einer Anti-Gewalt-Kampagne oder Bewerbung einer Helpline nicht ausreicht: Von derartigen Maßnahmen werden immer bestimmte Frauen(gruppen) mehr profitieren als andere, je nachdem welches Geschlechterbild angesprochen wird. Das heißt, es bedarf solcher Maßnahmen und Policies, die sowohl grundlegend zu einer Veränderung der ökonomischen Situation aller Frauen als auch zu einem Wandel patriarchaler Geschlechterbilder und zu Geschlechtergleichstellung führen (ebd.).
Es gilt demnach nicht nur, Best Practice-Strategien zu identifizieren, welche direkt bei Frauen als (potentiellen) Opfern von Gewalt ansetzen, sondern auch zu untersuchen, welche Relevanz COVID-19-bezogenen Maßnahmen und deren Konsequenzen zukommt: Stichworte Social Distancing, Homeoffice, Lockdown, Reisebeschränkungen, Homeschooling usw. Inwieweit stellen diese Maßnahmen Risikofaktoren hinsichtlich der Gewalt gegen Frauen dar und welche Adaptierungen von Strategien sind nötig, um hier präventiv und reaktiv zu greifen? Darüber hinaus muss immer auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene angesetzt werden, auf welcher Frauen auf sozioökonomischer Ebene gestärkt und mögliche Risikofaktoren bei Männern reduziert werden.

Fazit

Aus diesem Artikel wird deutlich, dass die Mehrheit der aufgrund von COVID-19 zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen eingeführten Maßnahmen lediglich reaktiver Natur waren und der Prävention wesentlich weniger Raum und Ressourcen zugestanden wurde. Lediglich im Nachhinein auf Gewalt gegen Frauen zu reagieren, reicht nicht aus, wichtiger ist ein deutlich stärkerer Fokus auf präventive Maßnahmen und deren nachhaltige Implementierung – vor allem auch, um die langfristigen Folgen von COVID-19 besser abfangen zu können (Pearson et al 2021). Eine weitere relevante Feststellung meiner Studie geht dahin, dass vor allem die herausfordernde Arbeit von NGOs und der Zivilgesellschaft dafür sorgte, dass in der Krise Angebote und Services trotz und gerade wegen COVID-19 weiter (online) verfügbar und zugänglich waren. Die Politik ist vor allem den Schutz besonders vulnerabler bzw. marginalisierter Gruppen betreffend oftmals säumig geblieben. NGOs und die Zivilgesellschaft übernahmen unterfinanziert bzw. unbezahlt staatliche Aufgaben.

COVID-19 war und ist Anlass dafür, dass Gewalt gegen Frauen (wieder) verstärkt wahrgenommen und diskutiert wird. Dieses Problembewusstsein muss als eine Chance gesehen und dafür genutzt werden, dass Gewalt gegen Frauen konstant Thema der Politik bleibt, Expert:innen aus dem Gewaltschutzbereich enger in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden und eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung bestehender Strukturen gesichert ist. Unabdingbar ist dabei, dass Politiken immer geschlechtersensibel – und soweit möglich intersektional – geplant und umgesetzt werden. Und schließlich sind für einen effektiven Gewaltschutz kontinuierliche Evaluation und Monitoring von implementierten Maßnahmen und damit zusammenhängend eine stärkere Berücksichtigung von wissenschaftlicher Forschung erforderlich.

Anmerkungen

1 Das Projekt wurde am Institut für Konfliktforschung Wien unter der Leitung von Dr.in Birgitt Haller durchgeführt. Gefördert wurde das Projekt aus Mitteln des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

2 Das sind Maßnahmen, welche spezifisch vergeschlechtlichte Risiken und Herausforderungen der COVID-19-Pandemie adressieren.

3 In der Abbildung finden sich die Downloadzahlen für UK seit dem ersten Lockdown im März 2020: https://www.hestia.org/Handlers/Download.ashx?IDMF=b9974339-2982-40de-ac88-ed8a0de9a305 (11.2.2021)

4 Beispielsweise Teilnahme an Beerdigungen und Trauungen, Besuche in Krankenhäusern, Alten- oder Pflegeheimen.

Literatur

Bourgault, Shelby/**Peterman**, Amber/**O'Donnell**, Megan (2021): Violence Against Women and Children during COVID-19 – One Year on and 100 Papers In. A 4th Research Round Up. Center for Global Development. Internet: https://www.cgdev.org/sites/default/files/vawc-fourth-roundup.pdf (29.4.2021).

Colagrossi, Marco/**Deiana**, Claudio/**Geraci**, Andrea/**Giua**, Ludovica (2020): Hang Up on Stereotypes: Domestic Violence and Anti-Abuse Helpline Campaign. Internet: https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3643922 (12.2.2022).

COVID-19 Global Gender Response Tracker. Internet: https://data.undp.org/gendertracker/ (9.1.2022).

Dartnall, Elizabeth/**Gevers**, Anik/**Pino**, Chandré/**Pino**, Angelica (2020): Domestic violence during COVID-19: are we asking the right questions? Internet: https://reliefweb.int/report/south-africa/domestic-violence-during-COVID-19-are-we-asking-right-questions (9.1.2022).

EIGE (2021): The COVID-19 pandemic and intimate partner violence against women in the EU, Luxemburg. Internet: https://eige.europa.eu/publications/COVID-19-pandemic-and-intimate-partner-violence-against-women-eu (29.4.2021).

Europarat. Promoting and protecting women's right at national level. Internet: https://www.coe.int/en/web/genderequality/promoting-and-protecting-women-s-rights (9.1.2022).

FRA (2020): Coronavirus Pandemic in the EU – Fundamental Rights Implications. Bulletin #4 Internet: https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-coronavirus-pandemic-eu-bulletin-july_en.pdf (1.6.2021).

Haddad, Golrokh/**UN Women Austria** (2021): Nachlese: "The Shadow Pandemic: Violence against Women During COVID-19 Times". Internet: https://www.unwomen.at/2021/03/22/nachlese-the-shadow-pandemic-violence-against-women-during-COVID-19-times/ (9.1.2022).

Ivandić, Ria/**Kirchmaier**, Tom/**Linton**, Ben (2020): Changing patterns of domestic abuse during COVID-19 Lockdown. CEP Discussion Paper No. 1729. Internet: https://cep.lse.ac.uk/pubs/download/dp1729.pdf (1.6.2021).

Lesben- und Schwulenverband (LSVD) e.V. (o.J.): Corona: Auswirkungen auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intergeschlechtliche Menschen. Internet: https://www.lsvd.de/de/ct/2067-Corona-Auswirkungen-auf-Lesben-Schwule-Bisexuelle-trans-und-intergeschlechtliche-Menschen (11.2.2022).

Nazneen, Sohela (2020): COVID-19 and domestic violence: Caring states? Internet: https://www.effective-states.org/COVID-19-and-domestic-violence-caring-states/ (9.1.2022).

Pearson, Isabelle/**Butler**, Nadia/**Yelgezekova**, Zhamin/**Nihlén**, Åsa/**Aguirre**, Isabel Yordi/**Quigg**, Zara/**Stöckl**, Heidi (2021): Emerging responses implemented to prevent and respond to violence against women and children in WHO European member states during the COVID-19 pandemic: a scoping review of online media reports. Internet: https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/33827844/ (9.1.2022).

Sabri, Bushra/**Hartley**, Maria/**Saha**, Jyoti/**Murray**, Sarah/**Glass**, Nancy/**Campbell**, Jacquelyn C. (2020): Effect of COVID-19 pandemic on women's health and safety: A study of immigrant survivors of intimate partner violence. In: Health Care for Women International. 41 (11-12), 1294-1312. Internet: https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/33085577/ (9.1.2022).

Sauer, Nicole (2021): COVID-19: Mangelnder Schutz von Frauen vor sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Internet: https://www.unwomen.at/2021/01/14/COVID-19-mangelnder-schutz-von-frauen-vor-sozialen-und-wirtschaftlichen-auswirkungen/ (9.1.2022).

Steinert, Janina/**Ebert**, Cara (2021): Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. Internet: https://drive.google.com/file/d/19Wqpby9nwMNjdgO4_FCqqlfYyLJmBn7y/view (10.7.2021).

Temel, Brigitte (2021): Best Practice: Gewaltschutz im Zeichen von Covid-19. Unveröffentlichte Studie, gefördert vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.